

Suhl würde mit Finanzausgleichsreform Härtefall

Die Gebietsreform und der kommunale Finanzausgleich – zwei heiße Themen, zu denen Uwe Höhn, Chef der SPD-Landtagsfraktion, bei seinem gestrigen Suhl-Besuch Rede und Antwort stehen musste.

Von Heike Hüchemann

Suhl – Für seine gestrige Visite beim Suhler Oberbürgermeister Jens Triebel hatte Uwe Höhn vom Präsidenten des Landesrechnungshofes in Sachen Gebietsreform ein heißes Thema serviert bekommen. „Wenn wir jetzt schon bei nur noch vier Landkreisen für Thüringen angelangt sind, stellt sich die Frage, ob wir überhaupt noch Landkreise brauchen“, steigt OB Triebel in das Gespräch ein. Dieses Thema brauche

deutlich mehr Sachlichkeit, sagt Triebel und umreißt seine Position mit dem Satz: „Wir brauchen starke Städte für ein starkes Land.“ Sachlichkeit anzumahnen, sei berechtigt, denn 2030 würden in Thüringen nur noch etwa 1,9 Millionen Menschen leben, so die Prognose. Da liege auf der Hand, dass sich in puncto Verwaltungs- und Gebietsreform etwas tun muss. Die Stärkung zentraler Orte sei dabei Kern-Thema, bei dem die jeweiligen Verhältnisse Berücksichtigung finden müssten.

Von einer solchen Stärkung, die eine ausreichende finanzielle Ausstattung für die zu erfüllenden Aufgaben meint, ist Suhl offensichtlich weit entfernt. Diesen Schluss lässt zumindest ein Blick auf den Entwurf der Neuausrichtung des kommunalen Finanzausgleiches zu, die am 4. September vom Kabinett beschlossen werden soll. „Suhl wird wie einige andere Städte auch mit weniger Geld auskommen müssen“, sagt Uwe



Uwe Höhn will bei der Reform des Finanzausgleichsgesetzes ein waches Auge auf den Umgang mit Härtefällen wie Suhl haben. Archivfoto: Matz

Höhn, haushaltspolitischer Sprecher seiner Fraktion. Die Neuausrichtung des kommunalen Finanzausgleiches sei von den Kommunen Thüringens gefordert worden, aber sie bedeute nicht automatisch, dass es mehr Geld gebe. Die Kommunen hängen zu etwa einem Drittel am Landeshaushalt. Wenn der um bis zu 25 Prozent sinke, sinke auch die Ausstattung für den Finanzausgleich, macht

Höhn die Rechnung auf. Aus seiner Sicht gehe die Reform vom Grundsatz her in die richtige Richtung. Für einige Städte allerdings befürchtet der SPD-Politiker fatale Auswirkungen. So auch für Suhl. „Für die Stadt wäre die Reform ein echtes Dilemma“, sagt Höhn. Und auch, dass die Stadt neben anderen – wie zum Beispiel Eisenach – zu den Verlierern der Reform des Finanzausgleichsgesetzes

(FAG) gehören würde. Jene also, die dringend eine bessere Finanzausstattung bräuchten, werden also noch mehr Federn lassen müssen. Die offensichtlichen Ecken und Kanten müssten für die Verlierer ausgeglichen werden, um keine Verluste zuzulassen, umreißt Uwe Höhn die Aufgabe des Parlaments. Andere Städte wie Erfurt und Jena dagegen dürften mit Mehreinnahmen rechnen.

Eine solche Politik des Landes, die sich auf den Speckgürtel entlang der A 4 konzentriere, könne doch nur eine Konsequenz nach sich ziehen: Raus aus Thüringen und Anschluss in Bayern suchen, macht OB Triebel seinem Ärger Luft. Höhn beschwichtigt und sagt, dass das neue FAG nicht erfunden worden sei, um die A 4-Schiene zu stärken. Und die Zustimmung seiner Fraktion hänge im Übrigen davon ab, wie der Umgang mit den Härtefällen, zu denen er auch Suhl zählt, geregelt werde.